

Interpellation Nr. 71 (September 2026)

26.5294.01

betreffend Führungsverantwortung: Warum schweigen Regierungspräsident Cramer und der Regierungsrat zu den linksextremen Ausschreitungen in Basel?

Am 2. und 3. Juli 2026 kam es im Zusammenhang mit der Räumung der illegalen Besetzung des Klybeck-Areals zu massiven Ausschreitungen in der Basler Innenstadt. Linksextreme Chaoten zogen in einer unbewilligten Demonstration durch die Stadt, beschädigten zahlreiche Gebäude und verwüsteten unter anderem das Basler Rathaus – den Sitz der Regierung und des Grossen Rates. Gleichzeitig musste die Kantonspolizei Basel-Stadt einen ausserordentlichen Grosseinsatz leisten und wurde dabei von mehreren ausserkantonalen Polizeikorps unterstützt.

Trotz dieser gravierenden Ereignisse blieb bislang eine öffentliche Stellungnahme des Regierungsrates aus. Weder Regierungspräsident Conradin Cramer noch die Gesamtregierung haben die Ausschreitungen unmissverständlich verurteilt oder sich öffentlich hinter die Kantonspolizei gestellt. Am Tag der Eskalation radelte der Regierungspräsident öffentlichkeitswirksam mit dem deutschen Bundespräsidenten durch Riehen und liess es sich nicht nehmen, dieses Ereignis mit zahlreichen Posts zu bewerben.

Gerade in ausserordentlichen Lagen erwartet die Bevölkerung politische Führung. Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für Sicherheit und öffentliche Ordnung.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb hat der Regierungsrat die Ausschreitungen sowie die Sachbeschädigungen in der Basler Innenstadt nicht öffentlich verurteilt?
2. Weshalb hat sich Regierungspräsident Conradin Cramer nicht persönlich zu den Ereignissen geäussert?
3. Hat der Regierungsrat bewusst entschieden, auf eine öffentliche Stellungnahme zu verzichten? Falls ja, weshalb?
4. Wurde innerhalb des Regierungsrates über eine gemeinsame Kommunikation diskutiert? Falls ja, mit welchem Ergebnis?
5. Ist der Regierungsrat der Auffassung, dass nach der Verwüstung des Rathauses – inklusive der damit verbundenen Beleidigungen von Mandatsträgern - keine öffentliche Reaktion erforderlich ist?
6. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass eine klare Verurteilung linksextremer Gewalt das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat stärken würde oder bleibt er auf dem linken Auge blind?
7. Wie beurteilt der Regierungsrat die Signalwirkung seines Schweigens gegenüber der Bevölkerung, der Polizei sowie den linksextremen Tätern?
8. Welche Botschaft möchte der Regierungsrat mit seinem bisherigen Schweigen der Bevölkerung vermitteln?

Roger Stalder